Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

34. Sitzung

Berlin, Freitag, den 18. Mai 2018

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1: (Fortsetzung) a) Erste Beratung des von der Bundesregie-		Einzelplan 15 Bundesministerium für Gesundheit	
rung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) Drucksache 19/1700		Jens Spahn, Bundesminister BMG	3213 C
		Dr. Axel Gehrke (AfD)	3215 B
	3193 B 3193 B	Dr. Karl Lauterbach (SPD)	3216 C
		Michael Theurer (FDP)	3218 A
		Dr. Gesine Lötzsch (DIE LINKE)	3219 B
		Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3220 B
Einzelplan 11		Michael Hennrich (CDU/CSU)	3221 C
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2102 D	Dr. Birgit Malsack-Winkemann (AfD)	3222 C
Hubertus Heil, Bundesminister BMAS	3193 B	Sonja Amalie Steffen (SPD)	3223 D
Ulrike Schielke-Ziesing (AfD)	3196 A	Karsten Klein (FDP)	3225 A
Hermann Gröhe (CDU/CSU)	3198 A	Susanne Ferschl (DIE LINKE)	3226 B
Johannes Vogel (Olpe) (FDP)	3199 C	Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/	02202
Dr. Gesine Lötzsch (DIE LINKE)	3201 A	DIE GRÜNEN)	3227 A
Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3202 A	Emmi Zeulner (CDU/CSU)	3228 A
Kerstin Tack (SPD)	3203 B	Bärbel Bas (SPD)	3229 C
René Springer (AfD)	3203 D	Dietrich Monstadt (CDU/CSU)	3230 D
Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU)	3205 A	Josef Rief (CDU/CSU)	3231 D
Otto Fricke (FDP)	3206 D		
Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)	3208 A	Schlussrunde:	
Markus Kurth (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3209 B	Haushaltsgesetz 2018 Johannes Kahrs (SPD)	3232 D
Peter Aumer (CDU/CSU)	3210 B	Peter Boehringer (AfD)	3233 D
Michael Groß (SPD)	3211 B	Dr. André Berghegger (CDU/CSU)	3236 C
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)		Dr. Florian Toncar (FDP)	3238 C
(CDU/CSU)	3212 A	Dr. Gesine Lötzsch (DIE LINKE)	3240 A

(D)

Johannes Kahrs

(A) müssen. Deswegen ist es wichtig, keine neuen Schulden zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seit wann?)

Da hätte ich jetzt ein bisschen mehr Beifall aus der Union erwartet. Ihr könnt euch ja ein bisschen mehr anstrengen; es sei denn, ihr wollt neuerdings Schulden machen.

Gleichzeitig ist es so, dass wir, wenn wir keine neuen Schulden machen, trotzdem investieren wollen.

> (Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: In Korvetten, genau!)

Wir investieren in Ganztagsschule und Ganztagsbetreuung mit dem Gute-Kita-Gesetz. Das sollte zumindest die Grünen auch freuen. Wir investieren in berufliche Bildung. Wir investieren in den Bereich BAföG und in die Nachfolge des Hochschulpakts. Wir werden das 3,5-Prozent-Ziel bei der Forschung schrittweise erreichen. Das zeigt, dass wir in diesem Bereich mehr getan haben, als viele von dieser Koalition erwartet haben.

Das Kindergeld und der Kinderfreibetrag werden erhöht. Die Kitas werden Geld bekommen. Wir werden im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes investieren. Kinderarmut wird durch den Kinderzuschlag bekämpft. Geld wird in den sozialen Wohnungsbau investiert. Geld wird in die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse investiert; darüber wurde in dieser Woche ausführlich diskutiert. Wir werden mehr Geld für Verteidigung und zur Erfüllung der ODA-Quote ausgeben. Wir werden die Bürger zudem im Bereich des Solidaritätszuschlags entlasten. 90 Prozent der Menschen in diesem Land werden ihn nicht mehr zahlen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden das Wohnungseigentum durch die AfA steuerlich fördern, genauso wie durch das Baukindergeld. Wir werden den sozialen Wohnungsbau finanzieren. All das ist im Haushalt abgebildet. Wir alle haben uns dafür eingesetzt, dass die Regelungen betreffend das Baukindergeld rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres und nicht nur für Neubauten, sondern auch für Bestandsgebäude gelten. Das ist ein großartiger Erfolg, der sich im Haushalt von Olaf Scholz wiederfindet; darauf können wir stolz sein. Gleichzeitig werden wir in gleichem Maße in den sozialen Wohnungsbau investieren. Dieser Gleichschritt ist eine sehr sozialdemokratische Komponente. Wir tun etwas für Familien mit Kindern. Wir tun etwas für die Altersversorgung, und wir tun etwas für den sozialen Wohnungsbau. Das ist eine gute Geschichte. Dafür danke ich dem Finanzminister.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir anschaue, was die Opposition zum Besten gegeben hat, stelle ich fest: Die FDP hat uns vorgeworfen, dass wir Steuergeld verschwenden und Subventionen verteilen. Der Kollege Fricke tut das gerne, (C) vergisst dabei aber die Mövenpick-Steuer.

(Otto Fricke [FDP]: Gibt es die noch? Schafft die doch ab! – Christian Dürr [FDP]: Was ist denn nun? Schafft sie ab!)

 Seid doch einmal ruhig! Nur wenn man getroffen ist, ist man so laut. Etwas mehr Demut! Ihr hättet regieren können. Ihr tut es aber nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Grünen haben beklagt, dass alles so weitergeht. Sie kritisieren, dass der Haushalt grundsolide und langweilig ist. Für einen grundsoliden Hanseaten, einen Hamburger, ist das ein Kompliment. Wir danken also den Grünen. Die Linke hatte genauso wie sonst nur Folklore zu bieten. Mein Büro hat mir aufgeschrieben: Auf die AfD gar nicht eingehen, ignorieren! – Das ist auch gut so. Mit Rechtsradikalen reden wir nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der Kollege Peter Boehringer hat das Wort für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Peter Boehringer (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir sind in der Schlussrunde dieser Woche. Also sammeln wir nun die Debattenbrocken auf, die etwas unverdaulich hier im Raum herumliegen. Was haben wir gelernt?

Erstens. Minister Scholz will bei historischem Steuerhöchststand doch tatsächlich Ernst machen mit dem Abbau der kalten Progression. Das ist seine einzige wirklich neu zugesagte Steuersenkung. Die Republik kann sich also freuen auf eine Entlastung von 4 bis 11 Euro pro Monat und Steuerzahler. Lassen wir dieses Glück einen Moment auf uns wirken.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist Ihre Milchmädchenrechnung!)

Zweitens. Wir haben Zurufe von links gehört: "Nur Superreiche zahlen noch Soli." Nun, die SPD meint offenbar, dass es 4 Millionen Superreiche in diesem Land gebe; denn so viele Menschen sollen auch nach 2021 Soli zahlen, dann über 32 Jahre nach der Einheit. Diese 4 Millionen tragen heute zu über 50 Prozent des Steueraufkommens bei; das sagen Sie nicht. Das sind die wahren Erarbeiter des Steuersegens für unsere Haushalte.

(Beifall bei der AfD)